

Protokoll (vorläufig) über die Online-Video-Konferenz des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion“ des Stadtteilbeirats Findorff vom 26.01.2021

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr
Ende der Sitzung: 20.45 Uhr

Nr.: XIII/1/21

Teilgenommen haben:

Frau Anke Bittkau
Frau Marcella Dammrat-Tiefensee
Herr Mokhtar Hashemzadeh-Atouie
Herr Kevin Helms
Herr Luca Heinken
Herr August Kötter
Frau Pia Straßburger

Verhindert ist:

Frau Marie-Susan Piper (i.V. Herr Kevin Helms)

Gäste:

Frau Sandra Grohnert - Senatskanzlei, Fachberatung Jugendbeteiligung
Frau Johanna Krawitz – AWO-Dienstleistungszentrum Findorff, Leitung
sowie interessierte Bürger:innen

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XIII/3/2020 vom 24.11.2020**
- TOP 3: Jugendbeteiligung in den Ortsämtern**
- TOP 4: Verdrängung von Jugendlichen und Wohnungslosen von der Bürgerweide
hier: Rückschau auf die letzte Sitzung und Ausarbeitung eines Antrags zur Unterstützung**
- TOP 5: AWO-Dienstleistungszentrum Findorff**
- TOP 6: Flüchtlinge in Findorff**
- TOP 7: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten**
- TOP 8: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes**
-

TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschuss ist beschlussfähig. Die Tagesordnung wird beschlossen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XIII/3/2020 vom 24.11.2020

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Es wird darum gebeten, den TOP 3 darum zu ergänzen, dass der versandte Beschlussvorschlag im Umlaufverfahren beschlossen werden soll.

TOP 3: Jugendbeteiligung in den Ortsämtern

Frau Grohnert stellt die Aufgaben des Referates vor. Schwerpunkte sind die Fachberatung und die Begleitung bzw. der Aufbau von Jugendbeiräten.

Die Stelle wurde mit ihrer Übernahme auf eine Vollzeitstelle aufgestockt und in der Senatskanzlei angesiedelt, um anders als bei der vorherigen Stelleninhaberin die Jugendbeteiligung als alleinige Aufgabe deutlich herauszustellen.

Die Jugendbeteiligung soll umfassend begriffen und nicht auf bestimmte Bereiche (Soziales, Bildung) beschränkt werden, sondern ressortübergreifend wirken. Auch die Betreuung soll durchgängig und weniger personenbezogen gestaltet werden. In den Jugendbeiräten herrscht aufgrund des Alters der Beteiligten eine hohe Fluktuation. Um ein kontinuierliches Arbeiten zu ermöglichen, müssen daher die Betreuungs- und Ansprechpersonen möglichst kontinuierliche und langfristige Aufgaben übernehmen.

Der Fokus soll auf der Anbindung an die Ortsämter und die Stadtteilbeiräte liegen. Frau Grohnert sieht den Schwerpunkt der Jugendbeiräte in ihrer Funktion als politisches Gremium und nachrangig als soziales Medium. Die Jugendbeiräte sind kein Angebot der offenen Jugendarbeit, können und sollten jedoch mit diesen Angeboten zusammenarbeiten. Der Schwerpunkt muss jedoch in der politischen Arbeit liegen. Ein gewählter Jugendbeirat oder ein Jugendforum sind politische Gremien, die an Entscheidungsprozessen zu beteiligen sind. Die niedrigschwellige Heranführung an freiwillige kommunalpolitische Arbeit in der Hoffnung, die Jugendlichen langfristig für diese Aufgaben zu interessieren, ist eine wichtige Aufgabe, aber nicht mit den Aufgaben der offenen Jugendarbeit zu verwechseln.

Derzeit befinden sich Jugendbeiräte und Foren in verschiedenen Stadtteilen in Neugründung. Die Organisation der Beiräte und Foren und die erste Kontaktaufnahme soll über die Plattform It's Learning erfolgen. Hier soll jeweils die Option „Jugendbeteiligung“ als zusätzlicher Kurs eingerichtet werden, in dem verschiedene Themen angesprochen und den Jugendlichen ein niedrigschwelliges Angebot für eine erste Kontaktaufnahme und Beteiligung angeboten werden.

Seit 2020 sind Jugendglobalmittel eingerichtet worden. Die Höhe richtet sich nach Anzahl der AnwohnerInnen eines Stadtteils im Alter zwischen 14 und 19 Jahren. Findorff erhält für das Jahr 2021 einen Betrag von 3.000,00€.

In Findorff wird die Betreuung durch die bereits bestehende AG Rainbow Humans der Oberschule Findorff in Zusammenarbeit mit Frau Grohnert übernommen und soll langfristig zum Neuaufbau eines Jugendbeirates führen. Weitere Beteiligte, insbesondere bei der Vergabe der Jugendglobalmittel, sind der Controlling-Ausschuss, das Amt für Soziale Dienste und Träger der offenen Jugendarbeit.

TOP 4: Verdrängung von Jugendlichen und Wohnungslosen von der Bürgerweide hier: Rückschau auf die letzte Sitzung und Ausarbeitung eines Antrags zur Unterstützung

Der Zaun wurde bereits abgebaut. Auf Rückfrage erklärte die Messe Bremen, dass derzeit die Lage unter Kontrolle sei. Dieses würde man auf die Einrichtung der Corona-Impf-Ambulanz in den Messehallen zurückführen. Dadurch sei der Sicherheitsdienst verstärkt vor Ort und es seien insgesamt mehr Passanten unterwegs. Mit den Obdachlosen habe man

vorab gesprochen und auf Hilfsangebote hingewiesen. Diese Gruppe sei jedoch bereits vorher sehr kooperativ gewesen. Problematisch seien weiterhin einige Gruppen von Jugendlichen, die sich im Parkhaus trafen und sich auch durch den Sicherheitsdienst nicht beeindrucken ließen.

Der vorab versandte Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen. Das Ortsamt wird gebeten, den Beschluss an alle beteiligte Ressorts zu versenden. (Anlage)

TOP 5: AWO-Dienstleistungszentrum Findorff

Frau Krawietz berichtet von der Arbeit des Dienstleistungszentrums der AWO in Findorff. Schwerpunkte sind die Sozialberatung und die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe. Aufgaben können hierbei insbesondere kleinere Aufgaben im Haushalt (z.B. Unterstützung bei Reinigung oder Kochen), Begleitung bei Arzt- und Behördenbesuchen oder Spaziergängen sein. In der Regel dauert die Unterstützung ungefähr 2 Stunden in der Woche. Andere zeitliche Unterstützungen seien jedoch auch möglich.

Wichtig sei, dass die ehrenamtlichen Helfer keine Regelaufgaben übernehmen, mit denen zum Beispiel Putz- und Pflegekräfte betraut werden. Es soll sich um Unterstützungen handeln, nicht um reine Dienstleistungen. Wichtig ist daher, dass die zu unterstützende Person vor Ort sei, wenn der/die HelferIn kommt. Auf keinen Fall sollen Pflege- oder Betreuungsaufgaben übernommen werden.

Die ehrenamtlichen Helfer werden in einem persönlichen Gespräch auf die Aufgaben vorbereitet. Auch mit den Menschen, die gerne eine Unterstützung in Anspruch nehmen möchten, werden vorab Gespräche geführt, um Menschen zueinander zu bringen, die sich gut ergänzen sollen und um vorab die Grenzen der Aufgabenbereiche aufzuzeigen.

Die betreuten Personen zahlen eine Servicegebühr von 26,00€ bzw. 30,00€ je nach Stundenumfang an die AWO und eine Aufwandsentschädigung von 8,50€ pro Stunde, die an die ehrenamtlichen Helfer ausgezahlt wird. Unter bestimmten Voraussetzungen ist eine Erstattung der Kosten über die Pflegekassen möglich.

Die Helfer sind in der Hauptsache RentnerInnen, aber auch jüngere Menschen oder Personen, die arbeitslos sind. Die Aufgaben werden teilweise als Übergang zwischen verschiedenen Arbeitsverhältnissen aufgenommen, vereinzelt aber auch seit Jahrzehnten wahrgenommen. Motivation für die Übernahme ist der Wunsch nach einer Aufgabe, die Freude an der Unterstützung anderer Menschen, aber auch die Aufwandsentschädigung. Diese ist verhältnismäßig gering, wodurch deutlich wird, dass es sich hierbei nicht um einen Nebenjob handelt. Die Aufwandsentschädigung wird bis zu einer gewissen Höhe nicht auf Sozialleistungen angerechnet. Diese Höhe wird aber selten erreicht.

Frau Krawietz selbst wird das Dienstleistungszentrum Ende Februar 2021 verlassen. Eine neue Leitung wird eingestellt.

TOP 6: Flüchtlinge in Findorff

Positiv kann berichtet werden, dass fast alle Schüler iPads erhalten haben und am Homeschooling teilnehmen können.

Problematisch ist derzeit, dass aufgrund der Corona bedingten Einschränkungen eine noch stärkere Isolation stattfindet als bei anderen Menschen. Die ehrenamtlichen Helfer können aktuell zum Beispiel keine Deutschkurse anbieten, keine Spielangebote oder Kinderbetreuungen durchführen. Durch die abgeschlossenen Wohnungen in der Corveystraße gibt es zudem nur wenige Kontakt untereinander. Viele BewohnerInnen haben ihre Arbeitsplätze, z.B. in der Gastronomie verloren oder befinden sich in Kurzarbeit.

Insgesamt findet dadurch im Moment wenig bis keine Integration statt. Zuvor waren die meisten BewohnerInnen auch durch die Unterstützung im Stadtteil recht gut integriert und auf einem guten Weg.

Aus dem Fachausschuss kommt der Vorschlag, dass man den BewohnerInnen und den ehrenamtlichen Helfern den Vorschlag machen könnte, im Rahmen von Spaziergängen unter Einhaltung aller Abstandsgebote und Hygienevorschriften Gespräche und Unterstützung anzubieten, insbesondere um zu signalisieren, dass man die BewohnerInnen nicht „fallen lasse“ und weiter unterstützen will. Herr Kötter wird Rücksprache mit den Einrichtungen halten.

TOP 7: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

Es gibt keine weiteren Entscheidungsbedarfe.

TOP 8: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Ab sofort soll durch das Ortsamt wieder „Alles an Alle“ verschickt werden. Die Schwerpunkte werden dabei im Betreff der Email durch entsprechende Kürzel (z.B. BAU, SOZ) gekennzeichnet. Dadurch soll ermöglicht werden, dass alle Beiratsmitglieder über alle Fragen informiert sind und selbst entscheiden können, wo die eigenen Schwerpunkte gesetzt werden.

Für die nächste Sitzung im April wird vorgeschlagen, das Thema „Öffentliche Toiletten“ auf die Tagesordnung zu setzen, da dieses derzeit bremenweit behandelt wird.

Bereits an die Mitglieder des Beirates per E-Mail versandt:

- LINK zu einem Bericht bei buten und binnen betr. „Verdrängung von Obdachlosen auf der Bürgerweide“.
- Seniorenmitteilungsblatt „Durchblick“, Ausgabe Januar 2021.
- Mitteilung der senatorischen Dienststelle für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz betr. „Pandemie/Aktualisierung der Fallzahlen nach Stadtteilen“.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

- Christina Contu -

- August Kötter –

**Beirat Findorff
Fachausschuss „Soziales“**

Definierte Aufenthaltsorte und Toleranzräume für wohnungslose Menschen in Bremen

Der Sozialausschuss Findorff fordert die SenatorInnen für Soziales, Jugend, Integration und Sport und für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie für Wirtschaft, Arbeit und Europa und für Inneres auf, ressortübergreifend geeignete Flächen und definierte Räume zu suchen, damit sich auch weiterhin obdachlose Menschen und Jugendgruppen im Freien aufhalten können. Gleichzeitig wird die M3B aufgefordert, die mittlerweile entfernten Bauzäune nicht wieder neu zu errichten. Wichtig ist, dass bei der Findung von geeigneten Flächen und Räumen auch eine angemessene Anzahl von sanitären Anlagen berücksichtigt wird. Des Weiteren müssen diese Flächen auch provisorische Übernachtungen für Menschen ermöglichen, die nicht oder noch nicht bereit sind, in eine Unterkunft zu gehen. Dabei sind auch die Bedarfe von obdachlosen Menschen zu berücksichtigen, die mehr Frei- und Toleranzräume benötigen. Bei der Umsetzung sind die bereits Kontakt habenden Stellen, wie die „Innere Mission“, comeback gGmbH und das „Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen“, miteinzubeziehen. Ferner fordern wir die Einbindung von Betroffenen an diesem Prozess, sowie auch die zuständigen Beiräte.

Der aktuelle Bedarf an provisorischen Unterkünften besteht derzeit in Bremen unabhängig von der Umsetzung des Pilotprojektes "Housing First". Damit aber das Problem nachhaltig gelöst wird, ist dieser Bedarf an provisorischen Unterkünften in die Umsetzung des Pilotprojektes einzubinden.

Begründung:

Am 24.11.2020 hat der Sozialausschuss Findorff sich anlässlich des Aufstellen eines Bauzaunes rund um das ÖVB-Arena-Gelände zur Verdrängung obdachloser Menschen und einer Jugendgruppe mit der Thematik von definierten Aufenthaltsorten dieser Menschen beschäftigt.

Aufgrund von diversen Vorkommnissen (Sachbeschädigung, Urinieren, Belästigung etc.) wurde von der M3B rund um die ÖVB-Arena Bauzäune aufgestellt, damit die oben genannten Personengruppen diesen Ort nicht mehr als ihren Aufenthaltsort nutzen können. Derweil wurde keine Alternative gestellt.

In Gesprächen mit der Messe, der „Inneren Mission“ und der comeback gGmbH wurde deutlich, dass alle Beteiligten an einer konstruktiven Lösung interessiert sind. Im Vordergrund steht vor allem der Wunsch, dass die dort ansässigen Menschen nicht weiter „vertröstet“ oder gar vertrieben werden.

(Einstimmiger Beschluss in der Sitzung des Fachausschusses am 26.01.2021)